
FDP Friedberg

GESCHLOSSEN GEGEN UNWIRTSCHAFTLICHES WINDRADPROJEKT

16.03.2026

Freie Demokraten FDP Friedberg, Rosbach und Wehrheim sehen sich durch ABO-Krise bestätigt

Die FDP-Ortsverbände Friedberg (Hessen), Rosbach vor der Höhe und Wehrheim sehen sich

durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung des Projektentwicklers ABO Energy in ihrer kritischen Haltung gegenüber den geplanten Windradanlagen auf dem Winterstein bestätigt.

Die angekündigte Neuverhandlung bestehender Pacht- und Gestattungsverträge zeige, dass

die ursprünglich in Aussicht gestellten finanziellen Vorteile für die Kommunen offenbar auf unsicheren Annahmen beruhen, erklären die Freien Demokraten in einer gemeinsamen Mitteilung.

Von Beginn an hatten die FDP-Fraktionen in allen drei Kommunen Zweifel an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Projekts geäußert und gegen den Abschluss entsprechender

Verträge gestimmt. Klaus Schumann, Fraktionsvorsitzender der FDP Wehrheim, betont:

„Die

aktuellen Entwicklungen bestätigen unsere damalige Entscheidung. Ein wirtschaftlich fragwürdiges Projekt darf nicht zu dauerhaften Eingriffen in einen wertvollen Natur- und Erholungsraum wie den Winterstein führen.“

Die FDP stellt klar, dass sie den Ausbau der Windkraft nicht grundsätzlich ablehnt.

Voraussetzung sei jedoch eine solide wirtschaftliche Grundlage und eine transparente Projektkalkulation. Besonders kritisch bewerten die Freien Demokraten die vorgesehenen Eingriffe in rund 35 Hektar Waldfläche auf dem Winterstein, der für alle drei Kommunen

eine

wichtige Funktion als Naherholungs- und ökologischer Ausgleichsraum erfülle.

Auch Dr. Markus A. Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Ortsvorsitzender der

FDP Friedberg, sieht sich bestätigt: „Wenn bereits vor Baubeginn Verträge neu verhandelt werden müssen, zeigt das, dass die wirtschaftlichen Annahmen nicht belastbar waren. Kommunen dürfen keine Entscheidungen auf Grundlage unrealistischer Erwartungen treffen.“

Mit Sorge betrachten die FDP-Ortsverbände zudem, dass die betroffenen Kommunen die in

Aussicht gestellten Einnahmen bereits in ihre Haushaltsplanungen aufgenommen haben.

Hans-Otto Jacobi, Fraktionsvorsitzender der FDP Rosbach vor der Höhe, erklärt: „Es ist problematisch, wenn Haushalte auf Einnahmen basieren, deren Realisierung inzwischen fraglich ist.“

Auslöser der aktuellen Diskussion ist die wirtschaftliche Lage von ABO Energy. Das Unternehmen hatte für 2025 erhebliche Verluste angekündigt und befindet sich in einem Restrukturierungsprozess. Medienberichten zufolge sollen Gläubiger über Änderungen zentraler Anleihebedingungen abstimmen, was als entscheidend für die Zukunft des Unternehmens gilt.